

Daß ein großer Theil des Glanzes auch auf die Stadt übergehen mußte, war natürlich. An geistlicher Bildung war sie den übrigen Städten bald voraus, und die lateinische Schule, die zunächst für die Bildungsweg des Ordens errichtet war, trug seit der Uebertragung des Patronats an die Stadt zur Verallgemeinerung gelehrter Bildung wesentlich bei. Auch der materielle Wohlstand basirte größtentheils auf der Blüthe des Ordenshauses. Zu den Ordensconventen strömte eine große Menge von Gebietigern mit zahlreichem Gefinde nach Marienburg, um längere Zeit hier zu verweilen. Die Zahl der Ritter, die zu den Heidenfahrten dem Hochmeister ihren Arm anboten, konnte die Burg schwerlich fassen: sie mußten in der Stadt untergebracht werden. Schaaren von gläubigen Wallfahrern pilgerten an bestimmten Festtagen nach Marienburg, um den kostbaren Reliquien, dem „Heiligthum von Marienburg“, ihre Opfer darzubringen. Auch die Quartiertage der 6 preussischen Hansestädte wurden in dem Rathhause von Marienburg abgehalten, wenngleich die Stadt selbst diesem Bunde niemals angehört hat. Kein Wunder, wenn unter so günstigen Verhältnissen Gewerbe und Kramhandel frühlich gediehen. Die Handwerker sollen schon von Dietrich v. Altenburg ihre zumtäglichen Ordnungen erhalten haben, zugleich auch das Privilegium, in den Kirchen ihre eigenen Kapellen, Altäre und Priester zu halten. Allerdings eine sonderbare Sitte, die aber dadurch an Glaubwürdigkeit gewinnt, daß die Bufen, die in den ältesten Rollen der Künste angeführt werden, nicht selten auf eine bestimmte Quantität Wachs lauten. Die älteste der erhaltenen Rollen, die der Fleischer vom J. 1346 weist die respectable Zahl von 36 Fleischerbänken auf, die wir gegen das Ende des 17. Jahrhunderts auf die Hälfte reducirt finden, die übrigen Rollen aus der Ordenszeit, wie die der Schuh- und Pantoffelmacher, der Bäcker, der Kürschner, ebenso die Bestimmungen der Stadtwillkür deuten auf einen reich gegliederten Gewerbetrieb und lebhaften Concurrnz. Die Krone aller Gewerbe war, wie in den andern Städten, in ich möchte sagen, hier noch in höhern Grade als anderswo, das Bier.



die Anhänger der Präsidenten Carlos, Alphonse, Montpensier, als auch die Republikaner haben zusammen nur ein Drittel der bis jetzt geäußerten Stimmen für sich, während die jetzt an der Regierung befindliche radicale Partei Morillas über zwei Drittel aller Stimmen verfügt. Das Resultat ist zwar noch kein definitives, doch glauben wir kaum, daß das Verhältnis sich wesentlich ändern wird.

Auch in Amerika meint man, daß die Präsidentenwahl in dem Bestehenden nichts ändern, daß das Mandat Grants durch Volksvotum verlängert werden wird. Doch mag dort die Vorausberechnung weit schwieriger sein und deshalb können wir der Nachricht der „Ag. Sav.“ nur die Bedeutung einer Vermuthung beilegen.

### Deutschland.

△ Berlin, 26. August. Noch immer treten neue Anträge und Wünsche an die Regierung heran, welche eine Befriedigung durch Anweisung auf die französische Kriegskontribution zum Inhalt haben. Der bereits anderweitig erwähnte bezügliche Antrag auf Gewährung einer Entschädigung für die auf Schlachtfeldern und in Lazarethen geleistete Hilfe an Verwundete und Kranke seitens der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth und der Diakonissenanstalt zu Duisburg steht keineswegs vereinzelt da. Es sind, wie man hört, auch von anderen Seiten Entschädigungen, wenn auch nicht gefordert, so doch gewünscht worden, wo man sie am allerwenigsten erwartet hatte, weil man die geleisteten Dienste als freiwillige Acte patriotischer Hingebungen ansehen mußte. In den meisten dieser Fälle ist, wie dem Antrage der gedachten Diakonissen-Anstalt gegenüber, seitens des Kriegsministeriums ein abschläglicher Bescheid erteilt worden, welcher davon ausgeht, daß die Kriegsentchädigungsgeber nur in den Grenzen zur Verwendbarkeit kommen können, welche das Gesetz in bestimmter Weise vorschreibt. — Von gut unterrichteter Seite werden alle die Namen, welche bis jetzt für die Wiederbesetzung des Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien genannt worden sind, als unrichtig bezeichnet und es fehlt nicht an Andeutungen, daß sich das Augenmerk auf einen Staatsbeamten lenken möchte, der schon seit längerer Zeit als Candidat für einen derartigen Posten bezeichnet wird. Es sei hierbei bemerkt, daß der gleichfalls jüngst in Verbindung mit der Ober-Präsidentenwahl von Schlesien genannte Landrath Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen damit umgeht, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu nehmen. Derselbe konnte um so weniger als ein Nachfolger des Grafen Stolberg angesehen werden, als die Regierung ihn nicht einmal bei der Besetzung des Regierungs-Präsidenten zu Duppeln berücksichtigt hatte. Bekanntlich hatte sich Prinz Hohenlohe als Civil-Commissarius in Rheims während des Krieges als ein so tüchtiger Verwaltungsbeamter gezeigt, daß sein Eintritt aus dem Staatsdienste sicher beauftragt werden darf. — Heute hat hier auf Anordnung des Polizei-Präsidenten der Abbruch der Baracken auf dem Kottbuser Damm z. B. begonnen. Für Unterbringung der Mobilien der Barackenbewohner wird Sorge getragen werden; wie es um die Unterbringung der Personen steht, scheint noch durchaus eine offene Frage.

— Nach dem inspirierten Wiener Correspondenten der „Kaiser. Ztg.“ wäre für die Dreitägerversammlung eine 6 stündige Tagesordnung entworfen, über welche huanz nach gegenseitigem Uebereinkommen der drei Cabinette keine Fragen zur Discussion gelangen sollen.

Die „Nordb. Ztg.“ meldet officiös: „Falls die Gesundheit des Fürsten Bismarck ihm überhaupt erlaubt zu reisen, wird er Anfangs September nach Berlin, und von dort zunächst nach Marienburg gehen und sich dann wieder nach Varzin begeben.“

### England.

London, 24. Aug. Die heutigen Dubliner Zeitungen enthalten folgendes Telegramm: In Folge von Gerüchten über eine beabsichtigte Niederwerfung der Protestanten in der Bartholomäusnacht in Drogheda sind außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Das Militär war constringirt, bereit sofort auszurücken, und alle zu Gebote stehenden Constablen bewachten in starken Abtheilungen die Stadt. Die Banken und öffentlichen Anstalten wurden gewarnt, Polizei aus anderen Städten requirirt und geschickt. — Ein Telegramm aus Belfast meldet, daß dort Alles ruhig ist, und daß neue Friesenstörungen nicht zu befürchten seien. Die Polizei

jedoch ist auf ihrem Posten. Mehrere Verurtheilungen in Folge der Ruhestörungen haben bereits stattgefunden, einige Teilnehmer sind mit zwei Monaten Gefängniß bestraft worden.

### Danzig, den 27. August.

\* [Freigelegter Congreß deutscher Volkswirthe zu Danzig.] Zweite Sitzung am 27. August. Der Vorsitzende Dr. Braun eröffnete die Sitzung um 9½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Der erste Gegenstand der Tagesordnung lautet: Arbeiter-Hilfe- und Invaliden-Kassen. Da der von der ständigen Deputation bestellte Referent Prof. Emminghaus (Karlsruhe) sein Ausbleiben entschuldigt hat, so erstattet das Referat Stadtrath Richter (Danzig): Die Frage der Arbeiter-Hilfe- und Invaliden-Kassen ist in der letzten Zeit sehr in den Vordergrund getreten. In vielen Communen werde die Freiwilligkeit angefaßt, die Armenpflege zu einer unerschwinglichen Last gemacht zu haben, und nun danach eine Abhilfe verlangt; eine solche würde vielfach in den genannten Kassen erblickt, über deren Entwicklung und gegenwärtige Lage der Redner darauf einen allgemeinen Ueberblick giebt. Nach der Gewerbeordnung entbinder der Nachweis, einer andern Klasse anzugehören, den Gehilfen u. s. w. von der Pflicht, einer durch Ortsstatut errichteten Kasse beizutreten. Der Reichstag habe schon vor einigen Jahren die Vorlage eines Gesetzes verlangt, welches Normativbedingungen für die Errichtung solcher gewerblichen Hilfskassen aufstelle und die Beitragspflicht regelt; seit 1869 beschäftigt dieser Beschluß den Bundesrath. Inzwischen ist in diesen Kassen Verwirrung eingeirissen; der Zustand ist unheilbar geworden; die Communen können ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, mehrere der durch Ortsstatut errichteten Zwangs-kassen sind eingegangen. Die Zwangspflicht ist stets nur widerwillig ertragen worden und das Institut der Zwangskassen war bei den Gemeinden nicht weniger als beliebt, so daß durch ein preussisches Gesetz von 1854 die höheren Behörden ermächtigt wurden, auch wider den Willen der Gemeinden doch Zwangskassen mit Verpflichtung der Arbeitgeber zum Beitritt einzurichten. Auch dieses Gesetz hat den davon gebegten Erwartungen nicht entsprochen. Die Frage, ob der Staat das Recht habe, solche Institutionen mit Zwangspflicht einzuführen, erscheine hier gleichgültig, er lasse sie principiell unbedingt und erachte solchen Versicherungszwang an sich für berechtigt. Doch dürfe das Einschreiten der Staatsgewalt nicht provocirt werden, wenn man die Ueberzeugung habe, daß die Frage auf anderem Wege besser gelöst werde. Zuerst frage es sich: sind Gehilfen und Fabrikarbeiter wirklich die nigen, die vorzugsweise den Gemeinden als unterstützungsbedürftig zur Last fallen, so daß gerade in Betreff ihrer ein solches Spezialgesetz sich empfehle; zweitens: haben die bestehenden Zwangskassen sich bewährt? drittens: wann: wie hoch müssen die Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber normirt werden, um die Communen in der Unterstützungspflicht zu entlasten; und endlich viertens: soll der Staat einen so tiefen Einschnitt in die wirtschaftlichen Verhältnisse vornehmen, und ist die Garantie einer wahrhaft wirtschaftlichen Verwendung der zwangsweise aufgeführten Mittel gegeben? Die Staatskraft liefert auf diesem Gebiete nur mangelhaftes Material, da die verschiedenen Kategorien der unterstützten Armen bisher nicht genau getrennt sind. In Berlin besteht nur der vierte Theil der Unterstützten aus Männern, drei Viertel aus Frauen und Kindern. Die großen Fabrikstädte seien es nicht, wo die Communal-Armenpflege von den Fabrikarbeitern am meisten in Anspruch genommen werde; die Wittwen, Waisen und eingestrichenen Frauen bilden in Elberfeld den Haupttheil der Unterstützten und noch stärker trete dies in Danzig hervor. In der Fabrikstadt Elberfeld würden nur 1297 Personen unterstügt; Danzig habe mindestens 5—6000 unterstützte Personen, trotzdem es keine Fabrikstadt sei und das Gesetz über die Zwangskassen hier kaum eine Voraussetzung habe. Die Maßregel sei, wie die Erfahrung lehre, ganz unzureichend motivirt gewesen, da die darunter fallenden Kategorien nicht diejenigen seien, welche die Kommune am meisten belasteten; wirtschaftlich würde die Errichtung solcher Zwangskassen nur in Ausnahmefällen gerechtfertigt sein, und hier könne die Abhilfe auf anderem Wege gefunden werden, namentlich durch eine anderweitige Organisation der Armenpflege. Für 15 Procent der Bevölkerung, für die der Nachweis

eines ausnahmsweisen Verhaltens in Betreff der Unterstützungsbefähigkeit vollständig fehle, sei eine Ausnahme-Gesetzgebung wie die über die Zwangskassen unzulässig. Die Communal-Verwaltungen seien entschiedene Gegner eines geschäftigen Vorrechts für die Gehilfen und Fabrikarbeiter. Nach Befreiung der Innungen und des Prüfungswanges fehle es zudem an einem Merkmal für die Anwendbarkeit des Gesetzes auf die einzelne Person. Die Leistungen der Innungskassen hätten nicht den beim Erlasse des Gesetzes im Jahre 1854 ausgesprochenen Erwartungen entsprochen. Der Redner kritisiert die damaligen Aeußerungen des Abg. Wagener (Neustettin), der in dem Gesetz eine große wirtschaftliche und politische Maßregel erblickt habe. Zunächst sei das Gesetz nur in beschränktem Umfang durchgeführt worden; erst die Hälfte der vorhandenen Gehilfen und Arbeiter gehörten solchen Kassen an und davon komme mehr als ein Fünftel auf Berlin, wo ein solches Gesetz laut offizieller Erklärung unnötig ist. Die aufgeführten Beiträge seien gegenüber den Armen-Etats der Communen zu unbedeutend: in Danzig auf 100,000 Mk.: 4000 Mk., in Elberfeld auf 80,000 Mk.: 15,000 Mk. Die Zwangskassen verhindern die Bildung freiwilliger Hilfskassen; der ihnen angehörige Arbeiter glaube sich nun jeder weiteren Sorge um seine und seiner Familie Existenz überhoben. Es sei auf die großen Erfolge der Friendly Societies in England hinzuweisen. Die Verwaltung der Zwangskassen verzehre zu viel von den Beiträgen, ohne Garantie gegen Unterschleife zu bieten. Beim Austritt gebe ferner das Anrecht auf die Einzahlung verloren. Alles in Allem: die Zwangskassen leisten nicht das Erwartete; nur eine übertriebene Aengstlichkeit der Fabrikanten conservire sie. Auf der Bonner Konferenz erklärte sich der Abg. Stumm gegen die freiwilligen Hilfskassen der Arbeiter als „Kriegskassen“; diese Art der Verwendung lasse sich durch das Gesetz verhindern. Sollte den Communen wirklich Erleichterung gewährt werden, so müssen auch Invaliden, Wittwen und Waisen Kassen geschaffen werden. Wie viel müßte aber der Staat, um diesen Forderungen gerecht zu werden, von Arbeitern und Arbeitgebern erheben? Der Lohnabzug müßte mindestens 20 bis 25 % jährlich betragen; ein solcher Abzug empfiehl sich nimmermehr. Der Staat könne diese Capitalien nur mit 4 bis 4½ % verzinsen; ganz anders könne der Arbeiter sein Guthaben in freien Kassen verwenden zum gemeinsamen Ankauf von Consumartikeln, zum Beginn eines selbstständigen Geschäfts, zum Ankauf eines Hauses u. s. w. Man berufe sich auf die für Berg- und Hüttenarbeitern bestehenden Knappschaftskassen, die Erfolge derselben könnten nicht geleugnet werden, obwohl auch ihre Leistungen nicht ausreichend seien bei einem Beitrag von 9 Thlr. pro Kopf. Die Lage dieser Klassen sei eine ganz ausnahmsweise wegen der Stabilität der Verhältnisse. Man spreche nun von einer stärkeren Heranziehung des Arbeitgebers; wie kommen diese dazu, über den Lohn hinaus eine geschäftliche Leistung zu übernehmen? Sein Beitrag sei in Wirklichkeit ein Abzug vom Lohne; das sehen auch die Arbeiter selber ein und wünschen den Beitrag der Arbeitgeber lieber in Gestalt einer Lohnverhöhung zu empfangen. Wo liegt nun aber die Abhilfe der gegenwärtigen Zustände? In der Form der Armenpflege selbst. Der Arbeiter soll volle Freiheit, daneben aber auch volle Verantwortlichkeit für seine Existenz haben, indem ihn die Commune, falls er sich nicht mehr selber zu erhalten vermag, in das Arbeitshaus verweist, das allerdings abschreckend wirken müsse, um eine rationelle Armenpflege zu Wege zu bringen; also fort mit der Sentimentalität unserer communalen Armenpflege, wobei die Unterstützten oft besser leben als die Unterstügten! Redner empfiehlt dieses Thema zu wiederholter Behandlung auf dem Congreß. Der Staat müsse seinerseits Garantie für eine legerische Wirksamkeit freier Unterstützungs-kassen schaffen; in allen Staaten habe man dahin einschlagende Versuche gemacht. In Frankreich habe der Staat die Altersversorgungskasse in die Hand genommen; 39,000 Personen haben dort bisher Rente bezogen, im Durchschnitt 175 Francs pro Jahr und Kopf. In England seien durch eine Bill Gladstone's diese Kassen mit den Post-Spar-Kassen verbunden worden, da die Lebensversicherungs-Anstalten die kleinen Beiträge der Arbeiter nicht annähmen. Der Redner erläutert die Verhältnisse dieser Kassen; dieselben hätten wegen der hohen Beiträge Fiasko gemacht, ein Fingerzeig, daß der Staat besser thue, seine Hand von diesen Dingen zu lassen.

der Idee wird, für die er mannhaft streitet, die er durch seinen Tod befestigt: das Bild des Marienburger Bürgermeisters Bartholomäus Blume. Da Alles ringsum wankte und wich, tritt er ohne Zaudern an die Seite seines bekränzten Herrn und stellt ihm Gut und Blut seiner Bürger zur Verfügung. Er ist die Seele der ganzen Vertheidigung, er leitet mit klugem Rath die Unterhandlungen mit dem Polenkönig; er jagt durch seinen männlichen Widerstand die leidenschaftliche Gier der habgierigen Söldnerführer. Doch das Schicksal war mächtiger als er. Am Pfingsttage des 3. 1457 zog eine polnische Besatzung in Marienburg ein, und am 9. Juni mußte die Bürgerschaft dem neuen Herrn huldigen. Was galten aber der erzwungene Huldigungsseid dem Manne, der nur eine Pflicht kannte: die Treue gegen den Orden? Noch in demselben Jahre benutzte er die erste Gelegenheit, um eine Ordenshaare aus dem nahegelegenen Stuhm in die Stadt einzuführen. Doch nur theilweise gelang der Anschlag; denn der Sturm gegen die Burg scheiterte an der Wachsamkeit der Vertheidiger. Jetzt beginnt ein Kampf der verzweifeltsten Gegenwehr, ein Bild des trostlosesten Leidens, das nur ein erhebendes Moment aufweist: den Heroismus der Bürgerschaft. Vom Schlosse her und außerhalb der Mauern stürmte der Feind in erdrückender Uebermacht gegen das kleine Häuflein der Vertheidiger, wurden aber stets mannhaft zurückgewiesen; und doch waren es oft die Bürger allein, die die Vertheidigung zu führen hatten, da Bernhard v. Binnenberg wiederholt Ausfälle in das große Werder machte, um Proviant herbeizuführen und die dort lagernden Danziger zurückzutreiben. Die Versuche des Hochmeisters, seine Lieblingsstadt zu entsetzen, mißlangen, und bald stieg die Noth auf den höchsten Gipfel. Das letzte Silber wurde eingesamlet, Brod aus Malz gebacken war schließlich die einzige Nahrung. Da griff man zum letzten Mittel, sich Erleichterung zu verschaffen. Hundert Frauen, Mägde und Kinder wurden ausgerückt, aber der Feind ließ sie nicht hinaus, und man mußte ihnen die Thore wieder öffnen. Nichtsdestoweniger beharrten die Bürger in ihrem Widerstande, bis

In Preußen sei die allgemeine Wittwenkasse 1831 auf die Beamten beschränkt worden. Neuerdings seien Versuche auf dem Gebiet der Selbsthilfe gemacht worden. Die Invaliden-Unterstützungskasse der Gewerbetreibenden, ein Schreckbild für viele Arbeitgeber, sei nicht rationell eingerichtet; die hohen Versicherungsbeiträge bei den geringen Beiträgen nicht geleistet werden; der Bankrott sei unvermeidlich, sobald erst genug zu unterstützende Invaliden vorhanden seien. Ferner sei der Reim des Ruins gegeben in der unheilvollen Verbindung mit einem ganz anderen Zwecken dienenden Centralrath. Der Staat habe im Wege der Gesetzgebung dafür zu sorgen, daß die freiwilligen Unterstützungskassen rechtsfähig würden, und für diese Wohlthaten Garantien für gute Verwaltung und statutenmäßige Vererbung der Mittel zu verlangen. Das Wachsthum unserer Sparkassen zeige, daß diese auf Freiwilligkeit beruhenden Institute lebensfähig seien. Er empfehle die Annahme folgender Resolution: „a) Es ist nicht gerechtfertigt, für die Gehilfen, Gehilfen und Fabrikarbeiter einen Zwang zum Beitritt zu bestimmten gewerblichen Hilfs- und Invalidenkassen gesetzlich festzustellen. b) Der Staat hat die Aufgabe, die freie Entwicklung und die möglichstste Benutzung von Hilfs- und Invalidenkassen für alle Berufs-klassen dadurch zu fördern, daß er im Wege der Gesetzgebung über die Verwaltung, die Beitragsbedingungen und die Leistungen dieser Kassen Bestimmungen trifft, welche eine erfolgreiche und dauernde Wirksamkeit derselben sichern. Auch ist zugleich Vorfrage dafür zu treffen, daß das Vermögen der Hilfs- und Invalidenkassen zu keinem andern als den in den Statuten derselben ausgesprochenen Zwecken verwendet wird.“ — Außerdem möge der Congreß den vom Professor Böhmert gestellten Antrag annehmen, dahin lautend: „Es ist wünschenswerth, die Arbeiter-Hilfskassen so zu organisiren, daß sie möglichst weite Kreise umfassen und die Freiwilligkeit der Arbeiter nicht beeinträchtigen. Die Unternehmer sollten im eigenen geschäftlichen Interesse die Selbstversicherung der Arbeiter auf jede Weise fördern und entweder einzeln oder in Vereinen sich der Arbeiter-Hilfskassen thätig annehmen.“ — Ein von den Herren Dr. Eras und Dr. Oppenheim eingegangener Antrag wird verlesen und zum Druck befördert. Professor Böhmert (Zürich) weist die Arbeiter auf Sparsamkeit in guten Zeiten hin, damit das in den Hilfskassen Zurückgelegte ihnen in Tagen der Noth zu gute komme. Er spreche sich bestimmt gegen die neuerdings mit einem Schein von Popularität sich beliebenden Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erklärten einigermassen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrückung der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermähre umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz stehlen in Zeitungsinseraten förmlich um Begründung von Fabriken. Wozu also die Beschränkung der Industrie durch derartige Zwangsinstitute, wo doch das freie Kassenwesen der Arbeiter nach allen Richtungen hin sich entwickle? Der Redner erläutert dies durch statistische Mittheilungen aus der Schweiz. Prof. Kinkelin habe über die gegenseitigen Hilfskassen der Schweiz aus dem Jahre 1865 berichtet, deren damals 632 mit über 96,000 Mitglieder bestanden mit 1,529,000 Francs Einnahmen, 1,049,000 Francs Ausgaben. Nur in den seltensten Fällen ist der Beitritt zu diesen Kassen obligatorisch in Folge von Reglementen der Eisenbahndirectionen, Fabrik-eigen u. s. w., die große Mehrzahl ist freiwillig. Das Sparen sei eine fittliche That; zu einer solchen könne man Niemanden zwingen, sie wolle in der Freiheit vollbracht sein. Jeder Zwang nehme dem Arbeiter die Freiwilligkeit. In vielen Fällen ist die Abführung des Geldes an eine solche Kasse absolut unwirtschaftlich. Der Fabrikarbeiter wolle vielleicht später zur Landwirthschaft übergehen und da kommen ihm seine Ersparnisse besser zu gute. Ein anderer Arbeiter will seine alten Eltern unterstützen; ein dritter seinen Kindern eine bessere Erziehung angedeihen lassen. Viel besser wäre es im Allgemeinen für den Arbeiter jedenfalls, zur Gewinnung einer eigenen Unabhängigkeit die Mittel zu sparen. Also fort mit diesem schablonenhaften Zwang! Auch bei den Arbeitgebern werde die Freiwilligkeit der Leistungen für die Arbeiter diesen weit mehr nützen, da sich dieselben dann dem jedesmaligen Verhältnisse besser anpassen würden. Die soziale Zukunft könne vielleicht sogar dahin führen, daß die Arbeiter nur bei solchen Arbeitgebern arbeiteten, welche

endlich Hunger und Krankheit den Feinden die Stadt erschloß, die sie durch eine fast dreißigjährige Belagerung nicht hatten einnehmen können. Am 6. August 1460 erfolgte die Uebergabe. Ehrenvoll, wie es die Helden verdient, waren die Bedingungen derselben. Die Privilegien der Stadt blieben ungeschmälert, Leben und Eigenthum der Bürger wurden gewahrt. Nur der edle Blum mit seinen beiden Kumpen mußte den Tod durch Hinterschlag erleiden. Und wozu sollte er auch weiter leben? Konnte er doch mit dem alten Götz von Verlichingen anrufen: „Meine Wurzeln sind abgehauen, meine Kraft sinkt nach dem Grabe.“ Noch Jahrhunderte lang zeigte man den „Blumsthum“ an der Stätte der Stadtmauer als die Stätte, wo der Held von Marienburg seine Treue mit dem Leben gebüßt. Die letzte Generation ehrte sein Andenken durch ein Monument. Vergebens suchen wir nach einer tragischen Schuld, die den Untergang Marienburgs herbeigeführt hätte. „Ich leide unschuldig!“ lautete die Inschrift einer Fahne, die die Marienburger während der Belagerung führten; und diese Inschrift hat Recht. Es ist freilich wahr, auch Marienburg hat seinen Beitritt zum Städtebunde erklärt, doch nur, um ihn sofort zurückzuziehen, sobald die secessionistischen Gelüste des Bundes deutlicher hervortraten. Es ist nicht richtig, daß die Stadt zehn Jahre lang beim Bunde ausgehalten und die Rücktrittserklärung auf dem Landtage in Elbing 1450 ist wahrscheinlich nichts als eine Comödie, die der Hochmeister in Scene gesetzt, um die anderen Städte zu schrecken. Dies leichte Schwanken also könnte man allenfalls einen vorübergehenden Irrthum nennen, nicht aber eine todeswürdige Schuld. Marienburgs Schuld war die Schuld des Ordens, und des Ordens Fall wurde der Fall Marienburgs. „Der Orden in Form und Geist“, sagt Boigt in seiner Geschichte Marienburgs, „stand jetzt im Widerspruch mit der Zeit, und die Zeit mit ihrer Geschichte verlangte nun, daß endlich die alte, starre Ritterherrlichkeit auch in diesem Lande zu Ende gehe.“

brauen. Es wäre sicher eine interessante und lohnende Aufgabe, den Einfluß des Braugewerbes auf das Stadtleben wie auf die gesammte Nationalökonomie im Zusammenhange nachzuweisen. Noch ausschließlicher als heute in Bayern war die Malzaccie die Grundlage des gesammten Steuerwesens, und es erinnert uns fast an die Bierrevolten in jenem Eborado aller Gambrinusöhne, wenn wir in einer Beschreibung der Marienburger Handwerker vom J. 1443 lesen, wie man die Sittenverderbnis jener Zeit, ja selbst schreckliche Wunderzeichen und des Teufels gräßliches Wesen und Treiben darauf zurückführt, daß die Seidel kleiner und das Getränk schlechter geworden ist. Schon die Stadtwillkür, welche diesem Industriezweige eine besondere Aufmerksamkeit schenkt, nennt außer dem Ordensbrauhaus und der Braugerechtigkeit, deren sich fast jeder angesehene Bürger zum Privatgebrauch zu erfreuen hatte, noch eine Anzahl von gewerbmäßigen Brauhäusern, deren Vertrieb durch das Privilegium der Bannmeile gesichert wurde. Hiernach dürfte eine Meile im Umkreise kein Krüger anderes Bier als Stadtbier verschicken. War das Getränk gut, so fand es auch weitere Verbreitung, und wer wollte daran zweifeln, daß das Marienburger Bier damals gut gewesen ist, wenn auch der Name „Kagenzagel“, den ihm lustige Ordensbrüder gegeben haben sollen, dies nur unvollkommen ausdrückt. Der Handel Marienburgs war wohl nur auf Krämerlei beschränkt. Die Willkür enthält zwei Bestimmungen, die den Getreide- und Holzhandel regeln, doch that dem ersten die Concurrenz der Hochmeister, die bedeutenden Getreidehandel trieben, großen Eintrag, und letzterer gewinnt vielleicht erst in der Polenzzeit größere Bedeutung. Seit dem Jahre 1380 werden alle Sonn- und Wochenmärkte, und an die Wallfahrtsfesttage werden sich wahrscheinlich größere Jahrmärkte angegeschlossen haben.

Bei solcher Blüthe des Wohlstandes mußte das Selbstgefühl der Bürger erstarren. Durch den Zinsvertrug vom Jahre 1380 hatte die Stadt gegen Zahlung eines jährlichen Pauschquantums von ca. 360 Mk. volle Selbstständigkeit der Finanzen und

des Gerichtswesens erhalten, und durch das Institut der Schillinggilde, welches ebenfalls dem Hochmeister von Rniprobe seine Entstehung verdankte, lernte sie sich gegen äußere Feinde schirmen und schützen. Freilich blieben auch Luxus und Schwelgerei, jene leidigen Begleiter des Glüdes, nicht aus, und vergebens versuchten die Hochmeister durch Verordnungen diesem Unwesen zu steuern. Den eclatantesten Beweis für die damalige Blüthe Marienburgs liefert die Geschichte der Stadt in dem letzten Zeitraum der Ordensherrschaft. Nach der unglücklichen Schlacht bei Tannenberg beruhte die letzte Hoffnung auf der Erhaltung des Ordenshauses, und diesem Zwecke mußte die Stadt zum Opfer fallen. An einem Tage wurde die Stätte blühenden Glüdes in einen Aschhaufen verwandelt, und die achtwöchentliche Belagerung raffte den vierten Theil der wehrfähigen Bürgerschaft hin. — Nach 6 Jahren finden wir Marienburg wieder aufgebaut, die Wäden in den Bürgerlisten ausgefüllt und bei Beginn des 13jährigen Krieges ist die Bürgerschaft schon im Stande, dem bedrängten Hochmeister mit einem Darlehn von mehr als 20,000 Mk. beizuspringen. Zwar that auch der Hochmeister für die Stadt Alles, was in seinen Kräften stand, aber diese Kräfte waren gering. Originell sind die Mittel, die er hierzu in Bewegung setzte. Zunächst erließ er eine Verordnung, die noch über das französische Moratorium hinausgeht, daß nämlich allen Bürgern der Stadt der dritte Theil ihrer Schulden erlassen werden sollte, und zweitens verheiratete er die Wittwen der gefallenen Bürger mit unbefriedigten Söldnern und bezahlte damit zugleich seine eigenen Schulden. So kommen wir nun zum Schlußacte des ersten Theils unserer Trilogie, der durch seine tiefe Tragik den erhabensten und poetischsten Momenten unserer vaterländischen Geschichte beizuzählen ist. Die Pflicht der Treue und Dankbarkeit ist die Idee, für welche die Marienburger Bürgerschaft eintritt, für die sie kämpft und leidet, und in den Vordergrund tritt das erhabene Bild eines Mannes, der, indem er die Interessen der Bürgerschaft dramatisch wirksam in sich concentrirt, zum Helden des Dramas, zum Träger



Danzig, den 27. August 1872.

### Sorten.



